

## Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 3. Juni 1993, Nachmittag  
Jeudi 3 juin 1993, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

91.032

### StGB und MStG. Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschungen CP et CPM. Infractions contre le patrimoine et faux dans les titres

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 922 hiervoor – Voir page 922 ci-devant

Art. 110 Ziff. 5 – Art. 110 ch. 5

(Anträge siehe Seite 933 hiervoor – Propositions voir page 933 ci-devant)

**Rechsteiner**, Sprecher der Minderheit: Vor sehr gelichteten Reihen habe ich jetzt noch die Ehre, den letzten verbliebenen Minderheitsantrag zu begründen, jenen zu Artikel 110 des Strafgesetzbuches. Im Namen einer in der Kommission nur ganz knapp unterlegenen Minderheit – 8 zu 7 lautete das Stimmenverhältnis – beantrage ich Ihnen, die Urkundendefinition in bezug auf die privaten Urkunden im wesentlichen bei der geltenden zu belassen, nämlich die elektronischen Urkunden, die Aufzeichnung auf Bild- und Datenträger, bei den privaten Urkunden nicht einzubeziehen.

Es wird schwierig sein, jemanden hier zu überzeugen, so gut die Argumente auch sind, die für den Antrag sprechen.

Der Antrag, der jetzt noch zur Diskussion steht, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der historischen Abstimmung über die Beseitigung der Strafbarkeit der privaten Falschbeurkundung, die vor der Mittagspause erfolgte.

Der Antrag, den ich jetzt stelle, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Entscheid. Insbesondere deshalb, weil die Botschaft – das ist ein Hinweis an Herrn Bundesrat Koller – auf Seite 23 sagt, dass die Urkundendefinition mit dem Einbezug der Aufzeichnungen auf Bild- und Datenträger, die Erweiterung auf die elektronischen Aufzeichnungen, deshalb nötig werde, weil der Bundesrat die private Falschbeurkundung ja strafbar erklärt haben wollte. Deshalb sei es sinnvoll und nötig, die elektronischen Aufzeichnungen den bisherigen Urkunden gleichzustellen.

Der Entscheid bei der Falschbeurkundung ist jetzt umgekehrt gefallen, wozu der Bundesrat auch sein Einverständnis erklärt hat. Entsprechend wäre es jetzt aber logisch, auch bei Artikel 110 StGB die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich muss durchaus einräumen, dass der Entscheid bei Artikel 251 wichtiger war als der Entscheid bei Artikel 110, aber es würde in der Logik dieser Entscheidung liegen, jetzt auch bei Artikel 110 bei der bisherigen, rechtssichereren Fassung zu bleiben. Es besteht sonst die Gefahr, dass entgegen der Mei-

nung der Expertenkommission eine neue Bestimmung mit lauter Pferdefüssen und mit ebenso unabsehbaren Konsequenzen geschaffen wird, die zur Rechtssicherheit null und nichts beiträgt.

Rechtssicher wäre es, bei der bisherigen Urkundendefinition bei den privaten Urkunden zu verbleiben. Das ist nicht nur meine Meinung, es ist auch nicht nur die Meinung der knappen Kommissionsminderheit, sondern es ist auch die Meinung der Expertenkommission und es ist die Meinung der Professoren Stratenwerth und Jenny, die in einem luziden Aufsatz in der «Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht» dargelegt haben, wie unausgereift dieser Vorschlag des Einbezugs der elektronischen Urkunden bei den privaten Urkunden ist und welche Probleme er konkret schaffen würde. Eine Kritik, die beispielsweise von Professor Schultz in seinem Rückblick auf 50 Jahre Strafgesetzbuch geteilt worden ist, sowie von allen Professoren mit Ausnahme des Zürcher Strafrechtlers Schmid.

Der Urkundenbegriff ist anhand von körperlichen Schriften entwickelt worden, die über eine gewisse Beständigkeit verfügen. Urkunden müssen nach den bisherigen Definitionen einen menschlichen Gedanken ausdrücken und geeignet sein, Tatsachen von rechtlicher Bedeutung zu beweisen. Wichtig ist dabei nach allen Urkundendefinitionen die Erkennbarkeit des Ausstellers einer Urkunde. Erst diese Erkennbarkeit kann die Echtheit herstellen. Auch dem Laien muss nun auffallen, dass der so entwickelte Urkundenbegriff bei den elektronischen Aufzeichnungen auf Daten- und Bildträger nicht funktioniert und nicht funktionieren kann. Wo ist denn die Beständigkeit der Aufzeichnungen auf Daten- und Bildträgern, auf dem Bildschirm gegeben, und wie soll der Aussteller einer Urkunde erkennbar sein, wenn es doch prinzipiell um Operationen von Maschinen geht?

Der Bundesrat und leider auch die knappe Kommissionsmehrheit haben sich um diese dogmatischen, aber auch praktisch wichtigen Probleme nicht weiter gekümmert, wie in der Kommission nur allzu deutlich geworden ist. Mit dem gesetzgeberischen Entscheid der Gleichstellung der Aufzeichnungen auf Bild- und Datenträgern wird eine angeblich einfache Lösung getroffen, die aber, wie die beiden Professoren Stratenwerth und Jenny unwiderlegt aufgezeigt haben, letztlich nichts als Probleme mit sich bringen wird. Es wird gleichzeitig auch nicht bewiesen oder dargelegt, dass die neue Lösung kriminalpolitisch nötig wäre. Wenn aber diese Lösung kriminalpolitisch nicht nötig ist, sollte darauf verzichtet werden.

Bei den Computerdelikten ist ja insgesamt eine sehr extensive Lösung getroffen worden. Man muss fast sagen, dass der Computer heiliggesprochen worden ist. Durch diese Revisionsvorlage sind sehr weitgehende Computerdelikte eingeführt worden. Es ist deshalb vollkommen überflüssig, auch noch bei der Urkundendefinition zusätzlich die problematische Gleichstellung der elektronischen Aufzeichnungen auf Bild- und Datenträgern einzuführen.

Der Gesetzgeber hat sich schon bei der Schaffung des eidgenössischen Strafgesetzbuches mit der Einführung der Strafbarkeit der privaten Falschbeurkundung ein Unikum geleistet. Ich meine, dass die Erfahrungen mit der Strafbarkeit der privaten Falschbeurkundung zeigen sollten, dass dieser Fehler, dieses Abenteuer, nun nicht einfach mutwillig auf einem anderen Feld wiederholt werden sollte.

Es könnte auch sein, dass sich die Probleme mit der Urkundendefinition in den kommenden Jahren und Jahrzehnten im Zusammenhang mit der elektronischen Datenverarbeitung befriedigend lösen lassen. Dann kann es richtig sein, die Urkundendefinition zu ändern, falls tatsächlich ein kriminalpolitisches Bedürfnis dafür nachgewiesen werden kann. Solange das aber nicht der Fall ist, sollte hier nicht aufs Geratewohl hin und ins Unbekannte hinaus eine Gesetzgebung gemacht werden, deren Folgen heute noch nicht absehbar sind.

Ich kann vielleicht nur zum Schluss noch einmal auf den Aufsatz der Herren Jenny und Stratenwerth in der «Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht» hinweisen: Dort wird als Quintessenz festgestellt, dass die Einbeziehung elektronischer Aufzeichnungen in das Urkundenstrafrecht von der Sache her nicht haltbar sei. Es sei ohnehin schwierig, die Konturen des

strafrechtlichen Begriffs der Urkunde eng zu fassen. Diese Konturen würden gänzlich verlorengehen, wenn diese Gleichstellung mit den elektronischen Aufzeichnungen erfolgen würde. Es wäre auch verfehlt, diesen Urkundenbegriff durch diesen Machtspruch des Gesetzgebers gleichsam ins geltende Recht zu überführen. Man müsse kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass dies die unendlichen Mühen der Praxis, mit dem bisher schon durch gesetzgeberische Missgriffe verunstalteten Urkundenstrafrecht zurechtzukommen, um eine weitere Dimension vergrössern würde. Soweit Jenny und Stratenwerth. Ich habe dem nichts mehr beizufügen. Ich möchte Sie namens der Kommissionsminderheit ersuchen, jetzt die Konsequenzen aus dem letzten Entscheid zu ziehen und auch die Urkundendefinition entsprechend zu bereinigen.

**Dünki:** Obschon Sie heute morgen meinen Ueberlegungen nicht gefolgt sind, ergreife ich hier nochmals das Wort, um den Schaden möglichst klein zu halten.

Ich möchte Sie dringend ersuchen, bezüglich der Urkundendefinition der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Ausdehnung im Bereich der sogenannten Computerurkunde nicht auf öffentliche Urkunden zu beschränken, wie das die Minderheit will. Was eine Urkunde ist, muss – wie bis anhin – in Absatz 1 für alle Bereiche des Urkundenstrafrechts einheitlich geregelt werden. Eine Spaltung des Urkundenbegriffs wäre inakzeptabel.

Der Antrag der Minderheit könnte auch zu widersinnigen Ergebnissen führen. PTT-Urkunden gelten nach dem Bundesgericht als private Urkunden. Wer also Fälschungen im elektronischen Postcheckverkehr vornimmt, könnte gemäss Antrag der Minderheit nicht bestraft werden. Das wäre doch absurd.

Der Vorschlag der Minderheit entbehrt auch jeder Kohärenz. Andernfalls hätte die Minderheit nämlich bei Artikel 251bis einen Zusatz vorschlagen müssen, wie ich das getan habe, einen Zusatz, der im Bereich der Buchführung die EDV-Registrierungen einbezieht. Die Damen und Herren der Minderheit wollen doch wohl diesen Bereich nicht aus dem Strafrecht ausklammern, nachdem wir bereits vor 18 Jahren im Obligationenrecht die EDV-Buchführung der traditionellen Buchführung gleichgestellt haben. Das wäre komplett falsch. Ich bin überzeugt, dass der Bundesrat gleicher Meinung ist. Er wird Ihnen das sicher besser erklären können als ich.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

**Tschäppät Alexander, Berichterstatter:** Herr Rechsteiner hat recht, wenn er sagt, dass der entscheidende Artikel Artikel 251 war, die private Falschbeurkundung. Wir haben gehört, dass der Bundesrat dem Entscheid dazu im Sinne eines Kompromisses zugestimmt hat. Wir haben das heute morgen auch beim Eintreten klar gesagt: Die Aenderung von Artikel 110 ist im Kontext zu Artikel 251 zu sehen, als Kompromiss.

Herr Rechsteiner hat wahrscheinlich juristisch recht, wenn er bei seinem Antrag bleibt, weil die Praxis Mühe haben wird, zu fixieren, wer eigentlich bei der Computerurkunde der Aussteller ist. Dieses Problem bleibt natürlich, auch wenn zuzugeben ist, dass mit dem Wegfall der privaten Falschbeurkundung die Frage der Computerurkunde erheblich an Bedeutung verloren hat. Wie gesagt, es war ein Kompromiss, diesen Artikel 110 im Hinblick auf Artikel 251 zu ändern.

Ich würde meinen, mindestens die Kommissionsmehrheit bleibt beim Wort, das heute morgen abgegeben wurde, die Falschbeurkundung herauszunehmen und dafür bei Artikel 110 dem Bundesrat zu folgen.

**Bundesrat Koller:** Während ich heute morgen in der Frage des Verzichtes auf die Strafbarkeit der privaten Falschbeurkundung kompromissbereit war, muss ich hier hart bleiben, weil der Antrag der Minderheit Rechsteiner noch einmal zu einer wichtigen Relativierung der Urkundendelikte führen würde. Wenn Herr Rechsteiner sagt, dass der Schritt, den wir heute morgen gemacht haben, jetzt automatisch zur Annahme seines Minderheitsantrages führe, so kann ich die-

sem Gedanken nicht folgen. Wir sind vor allem auf dem Gebiet der falschen Buchführung, also im neu geschaffenen Artikel 251bis, unbedingt auf diesen erweiterten Urkundenbegriff angewiesen.

Es wäre ja wirklich widersinnig, wenn die falsche Buchführung im Rahmen einer konventionellen Buchhaltung eine Straftat darstellen würde, während das gleiche Verhalten im Zusammenhang mit einer computermässig geführten Buchhaltung in einen rechtsfreien Raum fallen würde.

Auch in bezug auf die eigentliche Urkundenfälschung sind wir unbedingt auf diesen erweiterten Urkundenbegriff angewiesen. Es gibt ja neben dem Problem der unwahren Urkunde nach wie vor das Problem der unechten, also der gefälschten Urkunde. Gerade in diesem Bereich sind wir auf die Ausdehnung des Urkundenbegriffes, und zwar auch bei der privaten Urkunde, angewiesen.

Das sind die wesentlichen Gründe, weshalb ich Ihnen empfehle, den Antrag der Minderheit Rechsteiner abzulehnen. Ich habe Ihnen bereits heute morgen gesagt, das sei Voraussetzung für die Annahme des Kompromissantrages, den Sie eingebracht haben.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	58 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	31 Stimmen

#### **Art. 252, 258, 314, 317, 326, 326bis, 326ter (neu), 326quater (neu), 327, Ziff. II Einleitung, Art. 51 Abs. 3**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 252, 258, 314, 317, 326, 326bis, 326ter (nouveau), 326quater (nouveau), 327, ch. II introduction, art. 51 al. 3**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 129**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Ziff. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### *Ziff. 2*

.... belegt.

In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.

Im Falle eigenmächtiger Selbsthilfe kann die zuständige Behörde von der Strafverfolgung, der Ueberweisung an das Gericht oder der Bestrafung absehen.

(Abs. 3 gemäss Entwurf des Bundesrates streichen)

#### **Art. 129**

##### *Proposition de la commission*

##### *Ch. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### *Ch. 2*

.... d'enrichissement.

L'infraction sera punie disciplinairement si elle est de peu de gravité.

En cas d'actes non autorisés de justice privée, l'autorité compétente pourra renoncer à poursuivre l'auteur, à le renvoyer devant le tribunal ou à le condamner.

(biffer al. 3 selon proposition du Conseil fédéral)

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 130**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Ziff. 1*

.... wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

##### *Ziff. 2, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 130***Proposition de la commission*

Ch. 1

.... sera puni de la réclusion pour cinq ans au plus ou de l'emprisonnement.

Ch. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 131–133***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 134***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Ziff. 1

.... macht, wer unbefugt elektronisch oder in vergleichbarer Weise gespeicherte oder übermittelte Daten löscht, verändert oder unbrauchbar macht, und dadurch dem Berechtigten einen erheblichen Schaden zufügt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

(Abs. 2 gemäss Entwurf des Bundesrates streichen)

Ziff. 2

= Abs. 3 gemäss Entwurf des Bundesrates

Ziff. 3

= Abs. 4 gemäss Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Leuba, Dünki, Fischer-Häggingen, Frey Claude, Iten Joseph, Reimann Maximilian, Scherrer Jürg)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 134***Proposition de la commission**Majorité*

Ch. 1

.... au bénéfice d'autrui, celui qui, sans droit, aura effacé, modifié ou mis hors d'usage des données enregistrées ou transmises électroniquement ou selon un mode similaire, et aura ainsi causé à l'ayant droit un préjudice considérable, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

(biffer al. 2 selon proposition du Conseil fédéral)

Ch. 2

= Al. 3 selon proposition du Conseil fédéral

Ch. 3

= Al. 4 selon proposition du Conseil fédéral

*Minorité*

(Leuba, Dünki, Fischer-Häggingen, Frey Claude, Iten Joseph, Reimann Maximilian, Scherrer Jürg)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

(siehe Entscheid zu Ziff. 1 Art. 144)

*Adopté selon la proposition de la minorité*

(voir décision au ch. I art. 144)

**Art. 135***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 136***Antrag der Kommission*

Ziff. 1

*Mehrheit*

Wer in einem Hotel, einer Pension oder einem Restaurant Dienstleistungen in Anspruch nimmt, und den Wirt um die Bezahlung prellt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

*Minderheit*

(Bär, Hämmerle, Jeanprêtre, Marti Werner, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

Wer sich in einem Gastgewerbebetrieb beherbergen, Speisen oder Getränke vorsetzen lässt, und den Wirt um ....

Ziff. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 136***Proposition de la commission*

Ch. 1

*Majorité*

Celui qui aura obtenu des prestations dans un hôtel, une pension ou un restaurant, et qui aura frustré l'établissement du montant à payer sera puni des arrêts répressifs ou de l'amende.

*Minorité*

(Bär, Hämmerle, Jeanprêtre, Marti Werner, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

Celui qui se sera fait héberger ou servir des aliments ou des boissons dans un établissement de l'hôtellerie et de la restauration, et qui aura frustré ....

Ch. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

(siehe Entscheid zu Ziff. 1 Art. 149)

*Adopté selon la proposition de la majorité*

(voir décision au ch. I art. 149)

**Art. 137 (neu), 137a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 137 (nouveau), 137a***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 137b***Antrag der Kommission*

Ziff. 1

Wer eine Sache, die ein anderer ....

Ziff. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 137b***Proposition de la commission*

Ch. 1

.... une chose qu'un tiers ....

Ch. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 172***Antrag der Kommission*

Ziff. 1

.... zur Herstellung einer unechten Urkunde benützt, eine Urkunde dieser Art ....

Ziff. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 172***Proposition de la commission**Ch. 1*

....

supposé, ou aura, pour tromper ....

*Ch. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 172bis (neu)***Antrag der Kommission*

Wer in der Absicht, jemanden am Vermögen oder an andern Rechten zu schädigen oder sich oder einem andern einen unrechtmässigen Vorteil zu verschaffen, unter Verletzung einer gesetzlichen Pflicht Geschäftsbücher falsch führt, insbesondere eine falsche Buchung vornimmt oder ein Inventar, eine Betriebsrechnung oder eine Bilanz unrichtig erstellt, eine Urkunde dieser Art zur Täuschung gebraucht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

**Art. 172bis (nouveau)***Proposition de la commission*

Celui qui, dans le dessein de porter atteinte aux intérêts pécuniaires ou aux droits d'autrui, ou de se procurer ou de procurer à un tiers un avantage illicite, en violation d'une obligation légale, aura tenu une comptabilité fausse, en particulier aura procédé à une inscription fausse ou établi de manière incorrecte un inventaire, des comptes d'exploitation ou un bilan ou aura, pour tromper autrui, fait usage d'un tel titre, sera puni de la réclusion pour cinq ans ou de l'emprisonnement.

*Angenommen – Adopté***Art. 175***Antrag der Kommission**Mehrheit**Abs. 1*

.... zu beweisen. Die Aufzeichnung auf Bild- und Datenträgern steht der Schriftform gleich.

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Rechsteiner, Bär, von Felten, Iten Joseph, Marti Werner, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

*Abs. 1*

.... zu beweisen. (Rest streichen)

*Abs. 2*

Öffentliche Urkunden .... ausgestellten Urkunden. Die Aufzeichnung auf Bild- und Datenträgern steht der Schriftform gleich. Nicht als öffentliche ....

**Art. 175***Proposition de la commission**Majorité**Al. 1*

.... un tel fait. L'enregistrement sur des supports de données et sur des supports-images est assimilé à un écrit.

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Rechsteiner, Bär, von Felten, Iten Joseph, Marti Werner, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

*Al. 1*

.... un tel fait. (biffer le reste)

*Al. 2*

Sont réputés .... qualité. L'enregistrement sur des supports de données et sur des supports-images est assimilé à un écrit. Sont exceptés ....

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

(siehe Entscheidung zu Ziff. I Art. 110)

*Adopté selon la proposition de la majorité*

(voir décision au ch. I art. 110)

**Ziff. III, IV***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. III, IV***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Ziff. IVbis (neu)***Antrag der Kommission**Einleitung*

Das Bundesgesetz über den Transport im öffentlichen Verkehr wird wie folgt geändert:

*Art. 51 Abs. 1, 2**Abs. 1*

Auf Antrag wird mit Busse bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- Vollzugsvorschriften des Bundesrates über die Zulassung von Personen oder Gegenständen zum Transport verletzt;
- ohne gültigen Fahrausweis ein Fahrzeug auf einer Strecke benützt, auf der er den Fahrausweis selbst hätte entwerfen müssen.

*Abs. 2*

Mit der gleichen Strafe wird belegt, wer vorsätzlich:

....

**Ch. IVbis (nouveau)***Proposition de la commission**Introduction*

La loi fédérale sur le transport public est modifiée comme il suit:

*Art. 51 al. 1, 2**Al. 1*

Sur plainte du lésé, sera puni de l'amende celui qui, intentionnellement ou par négligence:

- contrevient aux dispositions d'exécution édictées par le Conseil fédéral et relatives à l'admission au transport de personnes et d'objets;
- utilise un véhicule sur un parcours pour lequel il aurait dû oblitérer son billet.

*Al. 2*

Sera puni de même, sur plainte du lésé, celui qui intentionnellement:

....

*Angenommen – Adopté***Ziff. V***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. V***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

69 Stimmen  
(Einstimmigkeit)**B. Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung****B. Loi fédérale sur l'approvisionnement économique du pays***Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 45a, 45b, 48 Abs. 1, 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, ch. I introduction, art. 45a, 45b, 48 al. 1, 3***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 50a***Antrag der Kommission*

Streichen

**Art. 50a***Proposition de la commission*

Biffer

Bundesrat **Koller**: Ich habe als alt Nationalratspräsident Verständnis für Ihr Tempo. Aber ich möchte doch eine kleine Erklärung zum Artikel 50a, der gestrichen worden ist, abgeben. Sie haben uns eine Motion überreicht, und wir sind bereit, diese Motion anzunehmen. Aber ich muss Ihnen in aller Offenheit sagen: Dieses Gesetz, das Sie für den Fall solcher kriegswirtschaftlicher Massnahmen verlangen, wird bei uns nicht erste Priorität haben. Wir haben viel dringlichere Gesetzgebungsvorlagen als diese; das möchte ich zuhanden des Protokolls ausdrücklich festgehalten haben.

**Präsident**: Diese Präzisierung hätte man auch noch bei der Behandlung der Kommissionsmotion anbringen können.

*Angenommen – Adopté***Art. 52 Abs. 4***Antrag der Kommission*

Unverändert

**Art. 52 al. 4***Proposition de la commission*

Inchangé

*Angenommen – Adopté***Ziff. II, III***Antrag der Kommission*

Streichen

**Ch. II, III***Proposition de la commission*

Biffer

*Angenommen – Adopté***Ziff. IV***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. IV***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

80 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Seite 1 der Botschaft

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires

selon la page 1 du message

*Angenommen – Adopté**Au den Ständerat – Au Conseil des Etats*

93.3037

**Motion Kommission NR 91.032  
Bundesgesetz über das  
kriegswirtschaftliche Strafverfahren  
Motion commission CN 91.032  
Loi fédérale sur la procédure pénale  
en matière d'économie de guerre**
*Wortlaut der Motion vom 8. Februar 1993*

Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten ein Bundesgesetz über das kriegswirtschaftliche Strafverfahren und die kriegswirtschaftliche Strafrechtspflege zu unterbreiten.

*Texte de la motion du 8 février 1993*

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre aux Conseils une loi fédérale sur l'organisation judiciaire et la procédure pénale en matière d'économie de guerre.

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**vom 5. Mai 1993*

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

*Déclaration écrite du Conseil fédéral**du 5 mai 1993*

Le Conseil fédéral est prêt à accepter la motion.

*Ueberwiesen – Transmis*

93.105

**Folgeprogramm  
nach der Ablehnung  
des EWR-Abkommens  
(Swisslex)  
Strassenverkehrsgesetz. Aenderung  
Programme consécutif  
au rejet de l'Accord EEE  
(Swisslex)  
Loi fédérale sur la circulation routière.  
Modification**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 24. Februar 1993 (BBI I 805)  
Message et projet de loi du 24 février 1993 (FF I 757)

Beschluss des Ständerates vom 27. April 1993  
Décision du Conseil des Etats du 27 avril 1993

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Herr **Wanner** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Die Eurolex-Vorlage zum SVG konnte mit zwei Aenderungen übernommen werden:

In Artikel 9 Absatz 6 muss für die Zulassung des Maximalgewichtes von 28 Tonnen für dreiachsige Gelenkbusse und Motorwagen mit mehr als 3 Achsen eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Diese Anpassung wurde bei Eurolex verges-

## **StGB und MStG. Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschungen**

### **CP et CPM. Infractions contre le patrimoine et faux dans les titres**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.032
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.06.1993 - 15:00
Date	
Data	
Seite	953-957
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 756

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.